

Markus Seifert

Mobilisierung für alle?

Sozial selektive Wirkungen
des Internets auf die
politische Kommunikation

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN

Markus Seifert

Mobilisierung für alle?

Markus Seifert

Mobilisierung für alle?

Sozial selektive Wirkungen
des Internets auf die
politische Kommunikation



VS VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Zugl. Dissertation an der Technischen Universität Ilmenau, 2010

1. Auflage 2012

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2012

Lektorat: Dorothee Koch | Anette Villnow

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.
Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: STRAUSS GMBH, Mörlenbach
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-531-18603-0

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	11
1 Einleitung und Fragestellung	15
2 Theoretischer Hintergrund	21
2.1 Politische Beteiligung und politische Kommunikation	22
2.2 Mediale Wirkungen auf politische Beteiligung	32
2.2.1 Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Zeitungen, Radio und Fernsehen	33
2.2.2 Empirische Untersuchungen zur politikbezogenen Nutzung des Internets	37
2.2.3 Zusammenfassung	46
2.3 Individuelle Determinanten politischer Beteiligung	48
2.3.1 Erkenntnisse aus der Partizipationsforschung	48
2.3.2 Politische Beteiligung und Sozialstruktur	50
2.3.2.1 Lebenslagen als ungleiche Handlungs- und Lebensbedingungen	51
2.3.2.2 Klassen und Schichten	53
2.3.2.3 Lagen, Milieus und Lebensstile	55
2.3.3 Zusammenfassung	64
2.4 Wissensklüfte und Digitale Spaltung	66
2.4.1 Wissensklüftthese	67
2.4.1.1 Grundlegende Annahmen	67
2.4.1.2 Differenzierung der Wissensklüftthese	73
2.4.1.3 Übersicht über die empirische Forschung	76

2.4.2	Digitale Spaltung	81
2.4.2.1	Grundlegende Annahmen	81
2.4.2.2	Differenzierung der Spaltung	83
2.4.2.3	Klüfte und Spaltungen – eine Synthese	87
2.4.2.4	Übersicht über die empirische Forschung	89
2.4.3	Zusammenfassung	108
3	Schlussfolgerungen	111
4	Methodisches Vorgehen	117
4.1	Datengrundlage	117
4.1.1	Grundgesamtheit der Untersuchung und Stichprobenziehung	117
4.1.2	Entwicklung des Befragungspanels	120
4.1.3	Verzerrungen und Nachgewichtung	120
4.2	Untersuchungsdesign	126
4.2.1	Nutzung des Internets und virtuelle Befragungswellen	127
4.2.2	Abbildung politischer Kommunikationsaktivitäten	132
4.2.3	Individuelle Merkmale	135
4.3	Operationale Hypothesen und Ablehnungskriterien	142
5	Untersuchungsergebnisse	151
5.1	Deskription der Stichproben	151
5.1.1	Soziodemografische Merkmale, politische Einstellungen und persönliche Ressourcen	151
5.1.2	Individuelle politische Kommunikation	156
5.1.3	Zusammenfassung	162
5.2	Wirkungen des Internets auf die politische Kommunikation	165
5.2.1	Befunde zur generellen politischen Mobilisierung	165
5.2.2	Befunde zur sozial selektiven Mobilisierung	168
6	Resümee und Ausblick	199
	Literaturverzeichnis	207

A Anhang	233
A.1 Umfänge der Panel- und Nachziehungsdatensätze	233
A.2 Operationalisierungen in den Fragebögen 2002–2005	234
A.3 Bildung der Gruppen der Einsteiger und Nicht-Nutzer	243
A.4 Bildung der Indizes für die individuelle politische Kommunikation	248

Abbildungsverzeichnis

2.1	Kategorien der Intensität politischer Beteiligung	23
2.2	Modell der Effekte auf interpersonale Kommunikation und bürgerliche Partizipation	43
2.3	Politische Milieus in Deutschland	61
2.4	Entstehung einer Wissenskluft	69
2.5	Entwicklungen von Wissensklüften (Bsp. Bildung)	70
2.6	Mögliche Diffusionsverläufe	71
2.7	Entstehung einer Wissenskluft unter Berücksichtigung von Diffusionsverläufen	72
2.8	Systematisierung möglicher Fragestellungen	90
2.9	Anteil der Internetnutzer in Deutschland 2002–2010	92
3.1	Grundlegendes Kausalmodell der Untersuchung	112
3.2	Kausalmodell: Theoretisch identifizierte Moderatorvariablen	115
4.1	Vergleich der Verteilungen der Altersgruppen 2005 nach dem Mikrozensus und in der Stichprobe – vor und nach der Ge- wichtung mit dem Bildungsabschluss	125
4.2	Kausalmodell: Internetnutzung als unabhängige Variable . .	127
4.3	Quasi-experimentelles Design	128
4.4	Einsteiger in den virtuellen Wellen	129
4.5	Nicht-Nutzer in den virtuellen Wellen	130
4.6	Pretest-Posttest-Design: Treatment- und Kontrollgruppe . .	131
4.7	Kausalmodell: Individuelle politische Kommunikation als ab- hängige Variable	132
4.8	Kausalmodell: Individuelle Merkmale als Moderatorvariablen	135
4.9	Detailliertes Kausalmodell der Untersuchung	144
A.1	Fallzahlen im Datensatz 2002–2005	233

Tabellenverzeichnis

2.1	Formen politischer Beteiligung	24
2.2	Modi der politischen Beteiligung	26
2.3	Gruppen von Beteiligungsformen	27
2.4	Typen politischen Handelns	28
2.5	Komplexe individueller politischer Kommunikation	30
2.6	Ergebnisse zu den mobilisierenden Wirkungen des Internets	47
2.7	ARD/ZDF-Onlinestudie: Anteile der Internetnutzer differen- ziert nach soziodemografischen Merkmalen	94
2.8	(N)Onliner-Atlas: Anteile der Internetnutzer differenziert nach soziodemografischen Merkmalen	95
2.9	(N)Onliner-Atlas: Anteile der Breitbandnutzer differenziert nach soziodemografischen Merkmalen	101
4.1	Ausschöpfung des Befragungspanels 2003–2005	120
4.2	Soziodemografie im Vergleich: Mikrozensus und Stichproben	122
4.3	Ergebnisse der Verzerrungstests: Geschlecht	122
4.4	Ergebnisse der Verzerrungstests: Haushaltsgröße, Altersgrup- pe und Bildungsstand	123
4.5	Politikbezogene Kommunikationsaktivitäten in dieser Unter- suchung	133
4.6	Individuelle Merkmale und ihre empirische Entsprechung . .	137
4.7	Individuelle Merkmale: Verteilungen der soziodemografischen Merkmale	140
4.8	Individuelle Merkmale: Verteilungen der politischen Einstel- lungen	141
4.9	Individuelle Merkmale: Verteilungen der persönlichen Res- ourcen	143

5.1	Soziodemografische Merkmale in den Stichproben 2002–2005	152
5.2	Politische Einstellungen in den Stichproben 2002–2005 . . .	154
5.3	Persönliche Ressourcen in den Stichproben 2002–2005 . . .	155
5.4	Informationskommunikation offline/online (Anteil der Aktiven im letzten Jahr in Prozent)	157
5.5	Informationskommunikation offline/online (durchschnittliche Häufigkeit im letzten Jahr)	158
5.6	Interpersonale politische Kommunikation offline/online (Anteil der Aktiven im letzten Jahr in Prozent)	159
5.7	Interpersonale politische Kommunikation offline/online (durchschnittliche Häufigkeit im letzten Jahr)	160
5.8	Partizipationskommunikation offline/online (Anteil der Aktiven im letzten Jahr in Prozent)	161
5.9	Partizipationskommunikation offline/online (durchschnittliche Häufigkeit im letzten Jahr)	163
5.10	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) in ihrer Intensität in der Gesamtbevölkerung	166
5.11	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) in den Bildungsgruppen	169
5.12	Einfluss von Internetnutzung und Bildungsgruppe auf die individuelle politische Kommunikation	171
5.13	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) in den Einkommensgruppen	172
5.14	Einfluss von Internetnutzung und Einkommensgruppe auf die individuelle politische Kommunikation	174
5.15	Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen	175
5.16	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) in den Erwerbsgruppen	176
5.17	Einfluss von Internetnutzung und Erwerbsgruppe auf die individuelle politische Kommunikation	177
5.18	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) in den Altersgruppen	178
5.19	Einfluss von Internetnutzung und Altersgruppe auf die individuelle politische Kommunikation	180

5.20	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) in den Geschlechtergruppen	181
5.21	Einfluss von Internetnutzung und Geschlechtergruppe auf die individuelle politische Kommunikation	183
5.22	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) differenziert nach politischem Interesse	184
5.23	Einfluss von Internetnutzung und politischem Interesse auf die individuelle politische Kommunikation	186
5.24	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) differenziert nach eingeschätzter Responsivität	187
5.25	Einfluss von Internetnutzung und eingeschätzter Responsivität auf die individuelle politische Kommunikation	189
5.26	Zusammenhang zwischen eingeschätzter Responsivität und politischer Einflussüberzeugung	190
5.27	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) differenziert nach politischer Einflussüberzeugung	191
5.28	Einfluss von Internetnutzung und politischer Einflussüberzeugung auf die individuelle politische Kommunikation	192
5.29	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) differenziert nach Demokratievertrauen	193
5.30	Einfluss von Internetnutzung und Demokratievertrauen auf die individuelle politische Kommunikation	195
5.31	Veränderungen der Gesamtaktivitäten (offline/online) differenziert nach eingeschätzter politischer Kompetenz	197
5.32	Einfluss von Internetnutzung und eingeschätzter politischer Kompetenz auf die individuelle politische Kommunikation	198
A.1	Operationalisierungen für die unabhängige Variable	234
A.2	Operationalisierungen für die moderierenden Variablen	235
A.3	Operationalisierungen für die abhängige Variable	237
A.4	Logisch mögliche Variationen von Internetnutzung und Nicht-Nutzung	245
A.5	Berechnung der Werte für den Gesamtindex Informationskommunikation	249

A.6	Berechnung der Werte für den Gesamtindex Interpersonale politische Kommunikation	250
A.7	Berechnung der Werte für den Gesamtindex Partizipationskommunikation	251

1 Einleitung und Fragestellung

Mehr als 1 000 000 Menschen registrierten sich im Jahr 2008 auf der Website des US-amerikanischen Demokraten Barack Obama. Unter dem Motto „Gemeinsam für Obama“ bildeten sich über 10 000 Support-Gruppen (Moorstedt, 2008, 46). Obama war nicht der erste Präsidentschaftskandidat, der sich in der Wahlkampfkommunikation vornehmlich auf das Internet stützte. Beispiellos ist aber, wie vielfältig er die Möglichkeiten des Internets nutzte, um mit seinen Anhängern zu kommunizieren (Waite, 2010, 118). In der Breite der Angebote setzten er und seine Wahlstrategen nicht nur auf reine Wählerinformation über politische Webseiten, sondern nahmen auch per E-Mail Kontakt mit potenziellen Wählern auf. Den registrierten Internetnutzern sandte der in der Online-Welt omnipräsente Kandidat – bzw. dessen Wahlkampfteam – regelmäßig akzentuierte Botschaften: Obama informierte nicht nur über die Ergebnisse der Meetings im Hauptquartier und machte auf lokale Wahlpartys aufmerksam – schon mit dem ersten Klick auf einen Button oder Internetlink sollten die Abonnenten der Nachrichten dazu motiviert werden, selbst politisch aktiv zu werden (Moorstedt, 2008, 62 f.). Die personalisierten E-Mails enthielten Links auf Videoclips, die dann kommentiert werden konnten sowie Einladungen zum Mitreden in Online-Communities und Bitten um kleinere Spenden. Im Sinne Thomas Jeffersons, der in aktiver Bürgerbeteiligung die wesentliche Voraussetzung für eine vitale Demokratie sah (Moorstedt, 2008, 24), engagierten sich im US-amerikanischen Wahljahr 2008 unzählige Menschen, indem sie selbst „voter generated content“ online stellten – in eigens dafür eingerichteten Weblogs, auf Videoportalen wie YouTube oder über rasant verbreitete Kurznachrichten via Twitter. Zeigt der US-amerikanische Wahlkampf damit, dass die politische Kommunikation mit dem Internet revolutioniert wurde?

Die Idee einer solchen direkten Beteiligung der Bürger an Politik reicht mittlerweile weit zurück.¹ Lange Zeit war die Vorstellung einer Demokratie „von unten“ durchweg positiv konnotiert. Bereits in den 1990er Jahren sollte mit den US-amerikanischen Aktivitäten zur Datenautobahn der Zugang zu Verwaltung und Regierung für die Bürger erleichtert werden (Bonfadelli, 2004b, 232). In der Folge wurde die Relevanz der neuen Medien für repräsentative Demokratien wissenschaftlich intensiv diskutiert (Bimber, 2003, 1; Bonfadelli, 2005a, 8; Graber & Smith, 2005, 487; Grunwald et al., 2005, 59; Johnson & Kaye, 2003, 9 ff.; Scherer, 1998, 171 f.; Scheufele, 2002, 49). Im Mittelpunkt stand die Frage, wie mit Hilfe von Online-Medien die zunehmende Entfremdung der Bürger von Politik und die Unzufriedenheit mit dem demokratischen System überwunden werden könnte (Bräuer et al., 2008, 191). Hierzu könnten meinungsbildende Diskurse mit den etablierten Strukturen politischer Entscheidungen wie den Wahlen von Repräsentanten verschränkt werden (Coleman & Blumler, 2009, 26 ff.).

Eine solche bürgernahe politische Kommunikation könnten nun die neuen digitalen Medien ermöglichen – eine Vorstellung, die der Asymmetrie von Kommunikator und Rezipient massenmedialer Kommunikation entgegensteht. Die Frage, ob Bürger in einen digitalen Diskurs eingeschlossen werden können, könnte als ein technisches Problem betrachtet werden (Hoecker, 2002, 42). Ist der Zugang zur Online-Welt erst einmal hergestellt, würde sich der Raum für politische Diskussion öffnen. Die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung besitzt im Jahr 2010 einen Zugang zum Internet (Eimeren & Frees, 2010)², es ist für die meisten Nutzer omnipräsent und zu Hause wie auch unterwegs verfügbar. Wesentlich ist, dass das Internet eine nahezu uneingeschränkte Menge an Informationen und Angeboten bereitstellt (Bonfadelli, 2004b).³ Damit bringt es auch neue Formen

¹ Zur Notwendigkeit bürgerlicher Beteiligung am politischen Prozess siehe Greiffenhagen & Greiffenhagen (1997, 167); Lindner (1990, 14 ff.); Waschkuhn (1984, 1).

² Der Anteil der Bundesbürger, der im Jahr 2010 mindestens gelegentlich das Internet nutzte, beträgt 69,4 Prozent (Basis: deutschsprachige Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland).

³ Weiterführend dazu Bieber (1999, 35 ff.); Hoecker (2002, 37); Morris & Ogan (1996, 44 ff.); Zittel (1998, 115); Trappel (2007, 35).

politischer Teilhabe hervor (Kamps & Kron, 1999, 9), die für eine breite Öffentlichkeit nutzbar sind, da die (nicht nur monetären) Kosten bestehender, etablierter Partizipationsformen gesenkt werden (Stichworte: Raum und Zeit; Grossman, 1998; Kamps & Kron, 1999, 16; Norris, 2000a, 121; Ward, 2003, 653; Zittel, 1997, 24). Das bedeutet, dass auf diese Weise über politische Entscheidungen öffentlich beraten werden kann: Den Bürgern gewährt das Internet einen gleichberechtigten Zugang zu einem verdichteten Beratungsraum (Habermas, 2008, 157), in welchem Stellungnahmen und Begründungen für oder gegen politische Entscheidungen vorgebracht werden können (Habermas, 1994, 370; Meckel, 1999, 231). Was die Breite der im Internet bereitgestellten Informationen angeht, kann das Internet als enthierarchisiertes und dezentralisiertes Medium beschrieben werden. Einige meinen sogar, dass Gatekeeper buchstäblich nicht existieren, dass die Inhalte nicht durch die Selektionsleistung Dritter beeinflusst werden (Davis et al., 2010, 13; Welz, 2002, 8) und Meinungen ebenso frei geäußert wie auch rezipiert werden können (Donges & Jarren, 1999, 86 f.).

Die Hoffnungen beschränken sich jedoch nicht darauf, eine digitale Öffentlichkeit herzustellen. Online-Medien können ebenso eine Rolle bei der politischen Mobilisierung der Bürger spielen (Bimber & Davis, 2003, 154; Emmer & Vowe, 2004, 192 f.; Holtz-Bacha, 1997, 15 f.; Kamps & Kron, 1999, 257). Das Internet würde dann zur demokratischen Initialzündung werden, wenn über das Internet entweder mehr Bürger politisch kommunizieren oder sich die politische Kommunikation einer gleichbleibenden Zahl von Bürgern intensiviert (Emmer, 2005, 86). Mobilisierende Effekte sind dabei sowohl im Bereich der Online-Kommunikation wie den E-Mails an Abgeordnete zu erwarten als auch bei traditionellen Aktivitäten, z. B. dem Lesen politischer Magazine. Damit umfasst der Begriff der politischen Mobilisierung weit mehr als die Beteiligung an Wahlen, wie es dem Verständnis klassischer Politikwissenschaft entspricht (Hoffmann & Zinterer, 2004). Mit einer weiter zunehmenden Diffusion des Internets würden auf diese Weise die politischen Belange des Landes für die Bürger attraktiver (Donath, 2001, 15), sie würden sich dem politischen System stärker verbunden fühlen (Bucy & Gregson, 2001, 358) und sich infolgedessen stärker der Politik annehmen (Grossman, 1998, 96).

Geschmälert wird die Euphorie dadurch, dass die Zugänge zum Internet nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich stark verbreitet sind und dass sich auch die Nutzung der Internetzugänge in den Gruppen unterscheidet: Mit der Entwicklung neuer digitaler Medien hat sich das Publikum politischer Informationen weiter ausdifferenziert (Habermas, 2008, 157). So wird auch argumentiert, dass die Zugangs- und Nutzungsbarrieren politischer Informationen nicht bloß rein technischer Natur sind, sondern stärker sozialen Ursprungs (Donges & Jarren, 1999, 87; Scherer, 1998, 172). Zu erwarten wäre also, dass auch die mobilisierenden Effekte des Internets sozial selektiv ausfallen. Es würde sich folglich nicht a priori um generelle Wirkungen des neuen Mediums handeln, vielmehr könnte das Internet in einigen sozialen Gruppen stärker mobilisierend wirken als in anderen (Emmer, 2005, 40 f.). Durch eine solche Mobilisierung nur einiger Gruppen würde die Bevölkerung insgesamt kein neues demokratisches Moment erfahren. Die politische Teilhabe der „Informationselite“ würde stärker und das politische Ungleichgewicht zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen würde weiter wachsen (Bonfadelli, 1994, 380; Geißler, 1994b, 74 f.; Holtz-Bacha, 1994, 224 f.; Lijphart, 1998, 355; Marr, 2005a, 34 ff.; Meckel, 1999, 232; Vlastic, 2004, 184 ff.; Welz, 2002, 9). Für das demokratische System würde dies bedeuten, dass eine stärkere Segmentierung und damit Destabilisierung droht (Alemann & Strünck, 1999, 36; Bucy & Gregson, 2001, 375; Dahlgren, 2005, 150 f.; Filzmaier, 2002; Fuller, 2004, 946 ff.; Graber et al., 2004, 100; Norris, 2000a, 121 f.; Norris & Curtice, 2004, 3). Politische Entscheidungen zu treffen würde erschwert – schon allein, weil erst eine breite und möglicherweise langwierige öffentliche Diskussion diese Entscheidungen legitimiert (Coleman & Blumler, 2009, 17).

Diese differenzierten Wirkungen der Online-Medien werden im Zusammenhang mit der These einer „Digitalen Spaltung“ diskutiert. Würden ungleich verteilte Zugänge und ungleiches Nutzungsverhalten auch sozial selektive politische Wirkungen nach sich ziehen, würde diese These untermauert (Marr & Zillien, 2010, 268 ff.). Es würde sich die Kluft der politischen Beteiligung verstärken, denn der zunächst nicht zu mobilisierende Bevölkerungsteil würde unter Umständen nur verlangsamt folgen (Emmer & Vowe, 2004, 194; Gellner, 1998, 17; Muhlberger, 2003, 129). Resultat wäre eine

Ungleichheit infolge einer intensivierten Beteiligung nur eines Teils der Bevölkerung, während doch für eine funktionierende Demokratie allseits nach mehr Beteiligung aller Bürger verlangt wird (Aich, 1980, 86; Dahl, 1989, 114 f.; Dalton, 1996; Leib, 1998, 94).

Für die vorliegende Studie sind folglich die sozialen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft von zentralem Interesse, welche die Wirkungen des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger beeinflussen. Damit befinden wir uns auf der Mikro-Ebene politischer Kommunikation. Vor dem Hintergrund der Chancen, die aus der zunehmenden Verbreitung des Internets für eine politische Mobilisierung erwachsen, soll in diesem Text das individuelle politische Handeln der Bürger im Mittelpunkt stehen. Die Effekte der Internetnutzung auf dieses Handeln stellen dabei eine bedeutende Dimension der Medienwirkungsforschung dar.

Gleichzeitig beschäftigt sich die Studie mit den sozial selektiven Effekten der Online-Kommunikation und beleuchtet einen politisch besonders relevanten Ausschnitt von Wirkungen, nämlich mögliche Schief lagen individueller politischer Kommunikation. Andere soziale Effekte wie etwa eine zunehmende Isolierung innerhalb von Familien und Partnerschaften infolge extensiver Online-Nutzung oder die Internetsucht mit dem Zwang zum Einloggen (Bonfadelli, 2004b, 218 ff.) sollen außen vor bleiben. Die Studie stellt sich damit zum Ziel, die demokratierelevante Diskussion einer segmentierten politischen Kommunikation nicht auf den oben skizzierten Vermutungen beruhen zu lassen. Die drohende komplexe Form politischer Ungleichheit bedarf einer systematischen Analyse (Peters, 2001, 658): Es soll auf empirischer Basis geprüft werden, ob sich in bestimmten Gruppen stärkere mobilisierende Wirkungen des Internets nachweisen lassen. Als Forschungsfrage, welche die vorliegende empirische Studie anleiten wird, kann formuliert werden:

„Welche individuellen Merkmale beeinflussen die mobilisierende Wirkung des Internets auf die individuelle politische Kommunikation?“

Für die Beantwortung dieser Frage können Daten einer bevölkerungsrepräsentativen Befragungsstudie aus den Jahren 2002 bis 2005 herangezogen werden, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert und an der Technischen Universität Ilmenau durchgeführt wurde.⁴

Nachdem die Fragestellung formuliert wurde, beschäftigt sich *Kapitel 2* mit dem theoretischen Hintergrund: Zunächst werden Formen politischer Beteiligung identifiziert, danach wird der Forschungsstand zu den Wirkungen der Medien auf die Politik dargestellt. Anschließend wird herausgearbeitet, welche individuellen Faktoren bestimmen, ob sich jemand politisch beteiligt. Dazu werden die Erkenntnisse aus der Partizipationsforschung und der Sozialstrukturanalyse zusammengetragen. Anschließend wird im Zusammenhang mit der Wissensklufthese der theoretische und empirische Forschungsstand zur Digitalen Spaltung aufgearbeitet. Dies soll ermöglichen, theoriegeleitet individuelle Merkmale zu identifizieren, welche die Wirkungen des Internets auf die politische Kommunikation moderieren könnten. *Kapitel 3* fasst den theoretischen Teil zusammen und führt das Untersuchungsmodell ein. Danach beschreibt *Kapitel 4* das methodische Vorgehen. Hier werden die Datengrundlage vorgestellt und die theoretisch ermittelten individuellen Merkmale den Variablen gegenübergestellt, die im Datensatz der Panel-Studie zur Verfügung stehen. Abschließend werden die zu prüfenden operationalen Hypothesen formuliert. Die Untersuchungsergebnisse werden in *Kapitel 5* präsentiert. Nachdem beschrieben wird, wie die untersuchten Bürger politisch kommunizieren, werden die Hypothesen zum Einfluss individueller Merkmale auf die politische Mobilisierung getestet. Abschließend werden in *Kapitel 6* der theoretische Ertrag und die empirischen Befunde zusammengefasst sowie weiterhin Fragen skizziert, welche die vorliegende Studie vor dem Hintergrund der Befunde aufwirft.

⁴ Eine Prüfung langfristiger Wirkungen des Internets auf die politische Kommunikation findet jedoch aus methodischen Gründen nicht statt (zur Methode der Untersuchung siehe *Kapitel 4*).

2 Theoretischer Hintergrund

Bevor die Fragestellung mit Hilfe empirischer Daten beantwortet werden kann, werden in diesem Kapitel die wesentlichen Dimensionen der Frage systematisch durchleuchtet. Es wird im folgenden Abschnitt zunächst darum gehen, ein Verständnis von politischer Kommunikation zu entwickeln und zusammenzufassen, welche Formen bzw. konkrete Aktivitäten der Bürger darunter zu fassen sind (*Abschnitt 2.1*). Danach wird dargestellt, welche politischen Wirkungen den Medien allgemein und dem Internet im Besonderen zugeschrieben werden (*Abschnitt 2.2*). Dabei ist relevant, die bisherigen Untersuchungen zur Wirkung des Internets auf die politische Kommunikation aufzuarbeiten, um am Ende auf Grundlage der eigenen Forschungsergebnisse an bisherige empirische Studien anschließen zu können. Da es das Ziel der Studie ist, theoriegeleitet Hypothesen zu formulieren und auf empirischer Basis zu testen, sind zwei weitere Schritte notwendig:

Zunächst muss in *Abschnitt 2.3* systematisiert werden, welche individuellen Merkmale die Beteiligung an Politik fördern. Dazu wird der Forschungsstand der klassischen Partizipationsforschung zusammengefasst und diskutiert, welche soziodemografischen Faktoren dafür verantwortlich sind, ob jemand politisch aktiv oder eher passiv ist. Weiterhin wird aber auch der Einfluss politischer Einstellungen und Kompetenzen hinterfragt. Häufig werden hier aber nur einzelne soziale Merkmale isoliert untersucht, weswegen im weiteren Verlauf komplexere Modelle vorgestellt werden, mit denen die Sozialstruktur der Bevölkerung beschrieben werden kann. Dabei handelt es sich neben theoretischen Konzepten wie dem der Klassen auch um empirisch begründete Typologien wie die Politischen Milieus. Ziel ist es, Zusammenhänge zwischen politischen Aktivitäten und Komplexen individueller Merkmale herzustellen.

Anschließend wird überprüft, welche Hinweise auf sozial selektive Medienwirkungen den Forschungstraditionen um Wissensklüfte und Digitale Spaltungen zu entnehmen sind (*Abschnitt 2.4*). Dabei wird geklärt, inwieweit sich die Ängste und Bedrohungsszenarien einer Digitalen Spaltung aus der These einer wachsenden Wissenskluft zwischen status-höheren und status-niedrigeren Bürgern ergeben. Es wird dann ein theoretisches Modell entwickelt, das ermöglicht, die vielfältig öffentlich diskutierten Fragen um Digitale Klüfte zu systematisieren und schließlich den Forschungsstand zusammenfassend darzustellen. Hierzu zählen empirische Ergebnisse zu ungleich verteilten Zugängen zum Internet, zu den unterschiedlichen Nutzungsmodi und zu den sozial differenzierten Wirkungen des Internets, die sich wiederum aus den Spaltungen in Zugang und Nutzung ergeben. Damit wird letztlich die Möglichkeit eröffnet, die vorliegende Studie im Forschungsfeld Digitaler Spaltungen zu positionieren.

2.1 Politische Beteiligung und politische Kommunikation

Zentral für die hier zu Grunde liegende Forschungsfrage ist der Begriff der *individuellen politischen Kommunikation*. Es handelt sich dabei keineswegs um einen wissenschaftlich eindeutig definierten Forschungsgegenstand – allein schon wegen der vielfältigen interdisziplinären Bezüge des Begriffs z. B. zur Soziologie, zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und zur Politikwissenschaft (Jarren & Donges, 2002, 20).

Einen möglichen und an dieser Stelle hilfreichen Zugang bietet zunächst die Partizipationsforschung: Hier wird *politische Beteiligung* definiert als die Tätigkeiten, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen bzw. unmittelbar an solchen Entscheidungen mitzuwirken (Gabriel & Brettschneider, 2002, 285; Kaase, 1995, 339). Im Folgenden werden erst einmal forschungshistorisch mögliche Formen und Dimensionen der Beteiligung an Politik aufgearbeitet: Welche Aktivitäten werden in der Literatur zur Partizipationsforschung beschrieben, mit denen Bürger sich erfolgreich beteiligen können? Wie las-

sen sich diese Aktivitäten systematisieren? Danach soll der Zusammenhang mit der individuellen politischen Kommunikation beschrieben werden.⁵

Schon früh stellt Milbrath (erstmalig 1965, dann auch 1977) eine Systematik vor, welche die amerikanische Öffentlichkeit unterteilt in: „Apathetics“ (Personen, die am politischen Prozess nicht aktiv teilnehmen), „Spectators“ (Personen, die nur wenig an Politik beteiligt sind) und „Gladiators“ (Personen, die am aktivsten an Politik teilnehmen). Die drei Gruppen unterscheiden sich also in ihrem politischen Involvement, also dem Grad, in dem sie sich an politischen Prozessen aktiv beteiligen (*Abbildung 2.1*).

Abbildung 2.1: Kategorien der Intensität politischer Beteiligung



Quelle: nach Milbrath & Goel (1977, 11 ff.)

Wirft man einen detaillierteren Blick auf die einzelnen Aktivitäten, die diesen Gruppen zugeschrieben werden, dann wird deutlich, dass sich hier auch eine Abstufung der Kosten für diese Aktivitäten ableiten lässt. Das betrifft sowohl die zeitlichen Kosten als auch den individuellen Aufwand. Folglich verursachen die „Spectator Activities“ die geringsten Kosten (z. B. das Wählganggehen oder das Tragen eines Buttons mit einer politischen Botschaft), die „Gladiatorial Activities“ hingegen die meisten (z. B. die aktive Mitarbeit in einer politischen Partei).⁶ Die Zugehörigkeit eines Bürgers zu einer dieser Gruppen ist letztlich zwar durch persönliche und durch Umweltfaktoren zeitlich stabil, ein Wechsel in eine andere Gruppe ist jedoch nicht ausgeschlossen: Denn z. B. durch die gezielte Suche nach politischen Informationen könnten manche Nicht-Wähler zu Wählern werden – entspre-

⁵ Im Folgenden wurden die teilweise englischsprachigen Begriffe aus den dargestellten Studien vom Verfasser übersetzt.

⁶ Zur Unterscheidung möglicher Kosten und zum in diesem Zusammenhang diskutierten „Ressourcenmodell“ siehe z. B. Brady et al. (1995, 355 ff.).

chend der Systematik von „Apathetics“ zu „Spectators“ (Milbrath, 1965, 20 ff.; Milbrath & Goel, 1977, 16 ff.).

Einen heuristischen Zugang zu einer Systematisierung von Formen politischer Beteiligung wählen Buse & Nelles (1975, 81 ff.).⁷ Dabei machen die Autoren deutlich, dass es wenig sinnvoll ist, nach rein inhaltlichen Kriterien zu systematisieren: Denn für einige Formen wäre es denkbar, dass sich diese nicht ohne Weiteres einem Pol einer inhaltlichen Dimension – z. B. systemüberwindend oder systemstabilisierend (Faßbinder, 1972, 70) – zuordnen lassen. Dementsprechend unterscheiden Buse & Nelles drei Dimensionen: (a) die Art der Beteiligung, (b) die Beteiligungsform und (c) die staatliche Ebene (*Tabelle 2.1*).

Tabelle 2.1: Formen politischer Beteiligung

Bürger als Individuum								
(a)	direkt				indirekt			
(b)	verfasst		nicht verfasst		verfasst		nicht verfasst	
(c)	Basis	mittlere Instanz	Basis	mittlere/ zentrale Instanz	Basis	mittlere/ zentrale Instanz	Basis	mittlere/ zentrale Instanz
	Bürgerbegehren/-entscheid	Volksbegehren/-entscheid	Bürgerinitiative	Protestaktionen/ Bürgerinitiative	Wahl; Träger öffent. Belange; Ausschüsse	Wahl	Forum	Beratung; Beteiligung von Organisationen

Quelle: Buse & Nelles (1975, 84)

⁷ Insbesondere soll für die zu systematisierenden Aktivitäten eingeschätzt werden, ob sie jeweils (1) die politische Beteiligung der Bürger verstärken, (2) die Partizipationschancen der Gemeinschaft verstärken oder doch sozial selektiv wahrgenommen werden und (3) zur Mitbestimmung und -mitwirkung der Bürger beitragen können (Buse & Nelles, 1975, 86).

In der Dimension der Art der Beteiligung (a) unterscheiden die Autoren nach indirekter und direkter Beteiligung, wobei festgehalten wird, dass direkte Beteiligung nicht die „persönliche Teilnahme des Einzelnen *an allen politischen Entscheidungen*“ (Buse & Nelles, 1975, 82; Hervorhebung im Original) bedeuten kann. Vielmehr unterscheiden sich direkte Formen politischer Beteiligung von den indirekten durch die Tatsache, dass hier einem Repräsentanten eine Handlungsvollmacht nur für bestimmte Entscheidungen übertragen wird. In einer nächsten Dimension, der der Beteiligungsform (b)⁸, können die Aktivitäten danach differenziert werden, ob sie rechtlich verankert sind (verfasst) oder nicht (nicht verfasst). Daraus ließe sich auch ableiten, welchen Erfolg eine Aktivität erzielen könnte. Schließlich wird auf der staatlichen Ebene (c) unterschieden, ob eine Form politischer Beteiligung auf der kommunalen Ebene (Basis), der Länderebene (mittlere Instanz) oder der Bundesebene (zentrale Instanz) stattfinden kann. Innerhalb dieses Rasters können nun einzelne Formen verortet werden, wobei deutlich wird, dass eine klare Abgrenzung bestimmter Formen nur auf den ersten beiden Ebenen stattfindet: Schließlich sind Wahlen indirekte und verfasste Formen auf Länder- und Kommunalebene, ebenso können Bürgerinitiativen auf allen staatlichen Ebenen gebildet werden.

Dementgegen stellen Verba & Nie (1972, 60 ff.) eine Systematik von Beteiligungsformen auf Basis empirischer Untersuchungen vor (auch Verba et al., 1978, 53 ff.). Sie gehen dabei theoretisch davon aus, dass politische Beteiligung multidimensional stattfindet, dass also jemand, der eine Handlung ausübt, auch eine oder mehrere andere Handlungen durchführt. Dies würde immer innerhalb eines „Modus“ geschehen. Die vier theoretisch denkbaren Modi politischer Beteiligung ließen sich letztlich auch auf Basis der 1967 in den Vereinigten Staaten erhobenen Daten mittels einer Faktorenanalyse möglicher Handlungen bestätigen (*Tabelle 2.2*).⁹

⁸ An dieser Stelle sprechen die Autoren von der „Form der Beteiligung“ als Kriterium der „Partizipationsform“.

⁹ Wie Kaase (1995, 342) betont, unterscheiden sich die vier Modi insbesondere darin, dass die ersten drei kollektive politische Entscheidungen betreffen und sich die vierte auf Einzelpersonen bezieht.

Tabelle 2.2: Modi der politischen Beteiligung

Modi	individuelle Handlungen
Wahlkampfaktivitäten	Mitgliedschaften in politischen Organisationen; Spenden für Parteien und Kandidaten; Besuch politischer Veranstaltungen; Aktive Arbeit für Partei oder Kandidaten; Wahlmobilisierung
Wählen	Beteiligung an nationalen und lokalen Wahlen
Kooperative Aktivitäten	Zusammenarbeit mit anderen und Gründen einer Arbeitsgruppe zum Lösen lokaler Probleme; Mitgliedschaften in entsprechenden Organisationen
Politikerkontakte	Kontakte zu lokalen und nationalen Politikern

Quelle: Verba & Nie (1972, 163 ff.)

Im Zuge der Studie von Barnes & Kaase (1979) setzte sich die Unterscheidung zwischen konventioneller und unkonventioneller Beteiligung durch (dazu Gabriel & Brettschneider, 2002, 286). Zum Unterscheidungsmerkmal der institutionellen Verfasstheit (siehe oben bei Buse & Nelles, 1975) kamen nun die Abgrenzungsmerkmale der Legalität und Legitimität der Handlungen hinzu. Verfasste und nicht verfasste Handlungen, die legal sind und legitim, wurden als Formen konventioneller Beteiligung bezeichnet. Als unkonventionell galten hingegen alle unverfassten Handlungen, unabhängig von ihrem Legalitäts- und Legitimitätsstatus (Kaase, 1995, 340). In Bezug auf die Legalität wurden diese Handlungen später noch weiter differenziert, z. B. in der Untersuchung von Uehlinger (1988), aus welcher eine Systematik von fünf Gruppen von Beteiligungsformen hervorgeht (*Tabelle 2.3*).¹⁰ Illegale Aktivitäten des zivilen Ungehorsams (wilder Streik, ...) und der Gewalt gegen Sachen und Personen werden hier von legaler politischer Beteiligung (Wählen, Schreiben von Briefen an Politiker, ...) abgegrenzt.

¹⁰ Die empirische Analyse basiert auf Daten der Studie „Jugend und Staat“ aus dem Jahr 1980, innerhalb derer die Nutzung von Beteiligungsformen, die zukünftige Nutzung und die Nutzung im Eskalationsfall bundesweit durch eine Befragung erhoben wurde. Das Alter der Befragten war durch die Stichprobe auf den Bereich zwischen 16 und 35 Jahren begrenzt.

Tabelle 2.3: Gruppen von Beteiligungsformen

Gruppen	individuelle Handlungen
Staatsbürgerrolle	Wählgehen und Meinung äußern (interpersonal, gegenüber Bekanntenkreis bzw. am Arbeitsplatz)
Problemspezifische Partizipation	Bürgerinitiative; Unterschriftensammlung; öffentliche Diskussion; Leserbriefe an Zeitungen; Mitbestimmungsgremium; Demonstration (erlaubt); Briefe an Politiker; gewerkschaftlicher Streik
Parteiorientierte Partizipation	Parteiarbeit; politische Gruppierung; Wahlhelfer; politisches Amt
Ziviler Ungehorsam	verbotene Demonstration; Konfrontation mit Polizei; wilder Streik; Steuerverweigerung; Hausbesetzung; Mietverweigerung
Politische Gewalt	Gewalt gegen Sachen oder Personen

Quelle: Uehlinger (1988, 97 ff.)

In ähnlicher Weise unterscheidet Fuchs (1995, 138 f.) illegales Handeln (konfrontativ: z. B. Hausbesetzungen und gewaltsam: z. B. Gewalt gegen Personen) und legale Aktivitäten wie die Beteiligung an einer Bürgerinitiative. Seine theoriegeleitet gebildeten Typen politischen Handelns, denen insgesamt 17 Handlungen zuordnet wurden, ließen sich auf Grundlage einer im Jahr 1990 in Ost-Berlin erhobenen, repräsentativen Stichprobe mittels Kovarianzstrukturanalyse bestätigen (*Tabelle 2.4*).

Die Vorstellung von politischer Beteiligung gewann so innerhalb der Partizipationsforschung mit theoretischen Konzepten und empirischen Studien mehr und mehr an Struktur. Dabei nimmt die Gesamtheit der hier systematisierten Aktivitäten politischer Beteiligung in der demokratietheoretischen Diskussion eine präzise Stellung ein. Gehen wir von der weiter oben skizzierten *Definition von Beteiligung als Einflussnahme der Bürger auf politische Entscheidungen* aus, dann legen solche von den Bürgern selbst initiierten Handlungen die Kontrolle über politische Entscheidungen stärker in deren eigene Hände (Dalton, 1996, 6). Der erste Schritt hin zu dieser aktiven Beteiligung ist häufig – wie Gabriel & Brettschneider (2002, 288) beschreiben – die Nutzung von (Massen-)Medien, z. B. um sich in Nachrichtensendungen oder politischen Talkshows im Fernsehen über aktuelle